

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt 2011 abschließend beraten. In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt hat Frank-Walter Steinmeier heftige Kritik an der Regierung geübt: Die Regierung handelt ohne jede eigene Idee von der Zukunft „Dieses Land wird weit unter seinen Möglichkeiten regiert.“ Sie kreisen in ihrer Politik um den eigenen Bauchnabel und um die eigene Klientel, statt sich um das Gemeinwohl zu kümmern. Und wo Regierungsvorhaben umgesetzt werden, vertiefen sie die Spaltung der Gesellschaft.

Der Haushalt steht für die von Schwarz-Gelb betriebene Spaltung der Gesellschaft. Die größten Lasten tragen Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern und normale Arbeitnehmer. Für sie ist das schwarz-gelbe Wahlversprechen „mehr Netto vom Brutto“ eine glatte Lüge.

Die SPD hat eine Alternative vorgelegt. Eine ambitioniertere Rückführung der Schulden ist möglich. Zugleich können gegenfinanzierte Verbesserungen bei einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, bei Bildung und Integration, bei Umwelt und Klimaschutz, bei den Investitionen in den Kommunen und bei der Entlastung der Städte und Gemeinden von Sozialausgaben erreicht werden. Das alles will Schwarz-Gelb offensichtlich nicht. Sozialer Zusammenhang und Gemeinwohl interessiert diese Regierung nicht.

Auf unsere Initiative hin wird eine Fortschritts-Enquetekommission im Bundestag eingesetzt. Wir sind davon überzeugt, dass ein veränderter Begriff von Wachstum und eine neue Qualität von Fortschritt die Grundlage einer neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden müssen, die nicht mehr auf Kosten der Natur und zu Lasten des sozialen Ausgleichs geht. Deshalb haben wir die Initiative für eine Enquête-Kommission ergriffen, die noch in dieser Legislaturperiode Vorschläge für einen neuen Maßstab von Fortschritt und Wohlstand entwickeln soll. Nächste Woche soll sie eingesetzt werden.

Eure Petra Ernstberger

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|---|
| 02 Topthema: Bundeshaushalt 2011 | 06 Enquete-Kommission: Fortschritt neu denken |
| 05 Kampfeinsatz im Mittelmeer abgelehnt | 09 Was ist deutsch im 21. Jahrhundert |
| 06 Positionspapier zur Lateinamerikapolitik | |

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE VERA NICOLAY, STEFAN HINTERMEIER; ANJA LINNEKUGEL, THORSTEN SCHOLZ

TELEFON (030) 227-510 99 **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 26.11.2010, 12.00 UHR

TOPTHEMA

Bundshaushalt 2011

Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln

Der erste eigene schwarz-gelbe Bundshaushalt ist eine herbe Enttäuschung. Das sozial ungerechte „Sparpaket“ der Bundesregierung wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwiegen, Gering- und Normalverdiener zahlen weiterhin die Zeche. Denn gespart wird nicht, im Gegenteil. Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble tricksen und mogeln, um sich bis 2013 mehr verschulden zu können als eigentlich zulässig. Damit soll dann wohl die FDP-Steuerreform für die Spitzenverdiener finanziert werden.

Schwarz-Gelb verfrühstückt Mehreinnahmen

Zunächst sinkt die Neuverschuldung auf dem Papier zwar von 57 Milliarden Euro im Regierungsentwurf auf 48,4 Milliarden Euro. Nur: Allein durch die konjunkturellen Mehreinnahmen bei den Steuern und Minderausgaben für den Arbeitsmarkt hätte sie schon um etwa 10,3 Milliarden Euro gesenkt werden müssen – auf dann 46,7 Milliarden Euro. Die Koalition hat also nicht gespart, sondern dort draufgesattelt, wo es ihrer Klientel nützt. Ergebnis: 1,4 Milliarden Euro aus den Mehreinnahmen werden „verfrühstückt“, anstatt die von vielen gesellschaftlichen Akteuren kritisierten unsozialen Kürzungen zu korrigieren.

Chancen für einen nachhaltigen Aufschwung verspielt

Die Regierung kapituliert vor den Herausforderungen der Finanzkrise und verspielt die große Chance für einen nachhaltigen Aufschwung, an dem auch Geringverdiener und Arbeitslose teilhaben.

Der vorgelegte Haushalt ist ein Dokument der Klientelpolitik. Bedient werden die Interessen einflussreicher Lobbygruppen. Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers wird nicht eingeschränkt, sondern soll ausgeweitet werden, statt eines Mindestlohns kommt mit der Ausweitung der Hinzuverdienstgrenzen die weitere Subventionierung des Niedriglohnssektors. Die Kernbrennstoffsteuer wird nicht einmal das von der Regierung selbst veranschlagte Volumen erbringen, geschweige denn die Oligopolgewinne aus der Laufzeitverlängerung ausgleichen. Die Luftverkehrssteuer zahlen am Ende die Verbraucher. Steuerprivilegien für Hoteliers und Erben bleiben bestehen. Vor allem die angekündigte Finanztransaktionssteuer, die den Finanzsektor wirksam an den Krisenkosten beteiligen würde, steht in den Sternen.

Der Haushalt exekutiert die von Schwarz-Gelb betriebene Spaltung der Gesellschaft. Die größten Lasten tragen Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern und normale Arbeitnehmer. Für sie ist das schwarz-gelbe Wahlversprechen „mehr Netto vom Brutto“ eine glatte Lüge. Dramatische Einschnitte bei den Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt, die Abschaffung des Rechts, einen Schulabschluss nachzuholen, die Streichung des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose, die Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose, wodurch die gesetzliche Rentenversicherung mit 1,8 Milliarden Euro belastet und auf lange Sicht das Risiko für die Kommunen gesteigert wird, bei Altersarmut einzuspringen, oder auch der Tot auf Raten für das Programm Soziale Stadt – diese Schritte sind nicht nur sozial fragwürdig, sie sind schädlich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Integration von Einwanderern.

Schließlich versagt der Haushalt vor der Aufgabe, Investitionen zu stärken, Innovationen zu dynamisieren und die deutsche Binnenmarktentwicklung zu verbessern, die unsere einseitige Abhängigkeit vom Export ausgleichen würde. Die Kürzungen bei der Förderung Erneuerbarer Energien, beim Klimaschutz, bei der Städtebauförderung gehen zu Lasten der Zukunft.

Die SPD hat eine Alternative vorgelegt. Eine ambitioniertere Rückführung der Schulden ist möglich. Zugleich können gegenfinanzierte Verbesserungen bei einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, bei Bildung und Integration, bei Umwelt und Klimaschutz, bei den Investitionen in den Kommunen und bei der Entlastung der Städte und Gemeinden von Sozialausgaben erreicht werden. Schwarz-Gelb will es nicht.

Sozial ungerechte Politik zurücknehmen

Wir haben durch Anträge in der Haushaltswochenbeleg, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist. Dabei haben wir noch wesentliche gegenfinanzierte Schwerpunkte gesetzt wie die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich und bei der Städtebauförderung, den Ausbau der Bildungsinfrastruktur mit zusätzlichen 300 Millionen Euro, die Aufstockung der Mittel für Entwicklungshilfe um 1,25 Milliarden Euro und die unbedingt notwendige Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden durch 300 Millionen Euro zusätzlich bei der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter sowie 400 Millionen Euro zusätzlich bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung. In zwei Entschließungsanträgen (Drs. 17/3911, 17/3912) haben wir unsere Alternativen vorgestellt und die Bundesregierung aufgefordert, die Schuldenbremse ernst zu nehmen, die Einsparungen im Sozialbereich und beim Arbeitsmarkt zurückzunehmen, Gerechtigkeit und Sicherheit zu gewährleisten, Fortschritt und Zukunft zu gestalten und nachhaltiges Wachstum und Arbeit zu fördern.

Zu den Änderungsanträgen zählt auch die Aufforderung, die Mittel für die Städtebauförderung und der Förderprogramme fortzuschreiben. Insbesondere die Kürzungen bei dem Programm „Soziale Stadt“ sind im Hinblick auf ihre strengen Forderungen zur Integration ein Schlag ins Gesicht der engagierten Mitbürger, die sich an dem sehr erfolgreichen Programm beteiligen.

Mit den Kürzungen der Programmmittel von 95 auf 28,5 Milliarden Euro werden ausgerechnet die sozialen Maßnahmenpakete des Programms zusammengestrichen. Die Förderung soll nur noch für Baumaßnahmen genutzt werden können. Noch drastischer wirken sich die Kürzungen aus, da der Bund nur ein Drittel der Gesamtaufwendungen des Programmes finanziert. Es besteht die Gefahr, dass Länder und Kommunen ihre Zuschüsse ebenfalls anteilig kürzen.

Schwarz-Gelb bleibt die Antwort auf die Frage schuldig, wie erfolgreiche Integration ohne Aktivierung und Beteiligung gelingen soll. Gerade die Verbindung von baulichen und sozial-integrativen Maßnahmen hat das Programm „Soziale Stadt“ zu einer echten Erfolgsgeschichte gemacht. Ob im Kiez, im Viertel, im Stadtteil - durch die bisherige Förderung konnte bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe ermöglicht werden, wurden Rahmenbedingungen entwickelt, mit denen Bewohner zu Bürgern wurden. Besonders drastisch wirken sich die Kürzungen auf Planungen in den einzelnen Programmgebieten aus. Bereits geplante Vorhaben wurden nur „vorbehaltlich Zuweisung der Mittel des Bundes“ bewilligt und werden jetzt hinfällig. Damit stehen zahlreiche Programmbereiche bereits im Januar 2011 vor dem Aus.

Schwarz-Gelb streicht die Mittel für das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt zusammen und entzieht jahrelanger erfolgreicher Integrationsarbeit die Arbeitsgrundlage. Mit den gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen aufgebrachtten Mitteln konnten seit 1999 in 571 Gebieten in über 350 Gemeinden wichtige Maßnahmen für die Belebung von Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf ermöglicht werden. Die Bundesregierung bricht damit Brücken ab, über die wir in den letzten zwölf Jahren erfolgreiche Integrationsarbeit organisiert haben. Der Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten in sozialen Brennpunkten, Integrationsangebote und Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten, die Einrichtung eines eigenen Quartiersmanagements und von Nachbarschaftstreffs, die Förderung der Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld und die Möglichkeit, darauf gestaltend Einfluss zu nehmen - genau diese Komponenten will Schwarz-Gelb mit Kürzungen aus dem Programm Soziale Stadt streichen.

Einen weiteren Antrag haben wir gestellt, mehr Geld für Integrationskurse bereitzustellen und den entsprechenden Haushaltsposten des BAMF im Einzelplan 06 für das nächste Jahr von

den derzeit geplanten 218 Millionen Euro aufzustocken, damit alle einen Integrationskurs belegen können. Anstatt teures Geld für Studien über vermeintliche Integrationsverweigerer und inhaltsleere Gipfel zu verschwenden, sollten die durch eine Unterfinanzierung verursachten langen Wartezeiten zur Teilnahme an einem Integrationskurs endlich beseitigt werden. Die Integrationskursteilnehmer würden dann auch schneller dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen. Dass das Geld vorne und hinten nicht reicht, um Integrationswilligen den Kursbesuch zu ermöglichen, war uns in der SPD-Bundestagsfraktion schon lange klar, aber alle Einwände, mindestens weitere 15 Millionen Euro bereitzustellen, wurden in den Wind geschlagen. Über 20.000 Migranten wird damit der Zugang zu den Integrationskursen verwehrt. Das sind 20.000 Enttäuschungen, integrationspolitisch ein verheerendes Signal: Alle fordern von Migranten die Beherrschung der deutschen Sprache, und dann gibt es für Frei- und Lernwillige keine Plätze.

Schäuble untergräbt Schuldenbremse

Damit aber nicht genug: Herr Schäuble trickst und untergräbt damit die Glaubwürdigkeit und Effektivität der neuen Schuldenregel im Grundgesetz gleich im ersten Jahr ihrer Anwendung. Denn Regierung und Koalition verweigern eine ehrliche Bestimmung der vorgeschriebenen Schuldenreduzierung. Da sich die Haushaltssituation im zweiten Halbjahr 2010 nochmals erheblich verbessert hat, hätte die für den Abbaupfad bis 2016 maßgebliche Größe des sog. strukturellen Defizits nach Geist und Sinn der gesetzlichen Regelung nochmals aktualisiert werden müssen. Schwarz- Gelb hat das nicht getan und sich über diesen Trick ermöglicht, bis 2014 voraussichtlich mehr als 27 Milliarden Euro mehr Schulden machen zu können als nach dem Grundgesetz eigentlich zulässig. Bundesrechnungshof, Bundesbank und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben das stark kritisiert, weil dieser Trick schon 2011 die Schuldengrenze um 3,4 Milliarden Euro verletzt.

Es drängt sich also der Verdacht auf: Mit diesem Spielraum wollen der Bundesfinanzminister und die Koalition einen zweiten Wahlbetrug mit dem gleichen Steuersenkungsthema wie bei der letzten Bundestagswahl vorbereiten.

Die SPD steht ohne Abstriche zum Geist und Inhalt der neuen verfassungsrechtlichen Vorgaben und hat durch ihre Anträge belegt, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist – und dabei zugleich alle sozial ungerechten und unsolidarischen Kürzungen zurückgenommen!

Das Konsolidierungsprogramm der SPD

Zur Gewährleistung einer nachhaltigen, wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik sind die folgenden Maßnahmen, die wir im Parlament mit Änderungsanträgen und Entschließungsanträgen untermauert haben, unverzüglich umzusetzen:

1. Die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes mit Ausnahme der Erhöhung des Kindergelds und der Leistungen zur steuerlichen Entlastung und Förderung der Familien mit Kindern und zur besonderen Berücksichtigung der Aufwendungen der Familien für die Betreuung und Erziehung oder Ausbildung der Kinder und des Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sind zurückzunehmen. Daraus resultieren Mehreinnahmen des Bundes von 1,8 Milliarden Euro jährlich. Zudem profitieren Kommunen und Länder.
2. Das Kernbrennstoffsteuersteuergesetz ist hinsichtlich der Bemessungsgrundlage und des Geltungszeitraums im Sinne des Antrags der SPD im Haushaltsausschuss vom 21. Oktober 2010 neu zu gestalten. Daraus resultieren über die 2,3 Milliarden Euro jährlich hinaus, die bislang zur Haushaltskonsolidierung vorgesehen sind, weitere 1,2 Milliarden Euro, die zur Verstärkung der klimaschützenden Investitionsprogramme, des Gebäudesanierungsprogramms, aber auch zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden sind. Aus dem Aufkommen sind 300 Mio. Euro zur Kompensation von Steuermindereinnahmen aufgrund dieses Gesetzes den Kommunen durch eine Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter zuzuführen.

3. Es ist umgehend ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde gemäß des Antrags der SPD-Fraktion (BT-Drs. 17/1408) einzuführen, der zu substantiellen Mehreinnahmen und Minderausgaben führt, und zwar gesamtstaatlich jeweils bei der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit, aber auch beim Bund durch Minderausgaben bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende vor allem durch eine sich reduzierende Zahl von sog. Aufstockern, aber auch über Steuer-mehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen und Minderausgaben summieren sich für den Bund auf etwa 3,5 Milliarden Euro.
4. Mittelfristig ist die Einführung einer Bundessteuerverwaltung anzustreben, die gemäß der Auffassung des Bundesrechnungshofs jährliche Mehreinnahmen für den Bund von bis zu 12 Milliarden Euro zur Folge hätte. Kurzfristig ist dies für 2011 durch eine Verbesserung und Optimierung des (einheitlichen) Steuervollzugs durch die Länder u.a. mithilfe des Instruments der Ausweitung von Betriebsprüfungen einzuleiten. Daraus resultieren Mehreinnahmen für den Bund von etwa 3,7 Milliarden Euro für 2011 und jeweils aufsteigend in den Folgejahren.
5. Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer ist von 42 Prozent auf 49 Prozent zu erhöhen, dafür aber erst ab einem zu versteuernden Bruttojahreseinkommen von 100.000 Euro für Ledige und 200.000 Euro für Verheiratete. Daraus resultieren mindestens Mehreinnahmen des Bundes von etwa 2,8 Milliarden Euro.

Damit senkt die SPD die Neuverschuldung ab auf 42,3 Milliarden Euro und liegt damit im Gegensatz zur Koalition nicht über, sondern deutlich unter der Schuldenobergrenze von 45 Milliarden Euro.

AUSSEN

Kampfeinsatz im Mittelmeer abgelehnt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung (OAE) der deutschen Beteiligung an der Operation Active Endeavour nicht zugestimmt. Die Ablehnung der SPD richtet sich nicht gegen den eigentlichen Auftrag der Bundeswehr, der vorwiegend Präsenz auf See sowie die Überwachung und Kontrolle des Seeverkehrs umfasst. Das Nein unserer Fraktion ist Folge des ungenauen und unseriösen Antrags der Bundesregierung, der zum einen gegen das Prinzip der Mandatsklarheit und -wahrheit verstößt und sich zum anderen mit Hinweis auf Artikel 5 des NATO-Vertrags neun Jahre nach dem 11. September auf einer völkerrechtlich fragwürdigen Basis bewegt.

Mit Blick auf die aktuelle Lage im Mittelmeer steht der formulierte Auftrag der OAE-Mission - Bekämpfung und Gefangennahme von Terroristen sowie das Ausschalten von Ausbildungs- und Führungseinrichtungen von Terroristen - nicht im Einklang mit der aktuellen Lage vor Ort. Da es in den vergangenen Jahren offenbar keine terroristischen Aktivitäten im Einsatzgebiet gegeben hat, die ein Eingreifen von OAE erforderlich gemacht hätten, wäre es angemessener gewesen, den Mandatstext entsprechend anzupassen und ihn nicht nahezu wortgleich aus dem bisherigen OEF-Mandat (Operation Enduring Freedom) zu übernehmen.

Auch die Obergrenze von 700 Soldaten entstammt dem alten OEF-Mandat und hat mit der Einsatzrealität nichts zu tun. In den zurückliegenden Monaten wurden nur wenige Dutzend Bundeswehrsoldaten eingesetzt. Die Bundesregierung hat es offenbar nicht für notwendig gehalten, sich die Mühe zu machen, dem Bundestag einen dem Auftrag der Bundeswehr entsprechenden Antrag vorzulegen. Es gibt keine glaubhafte Begründung für ein robustes Mandat. Einem Vorratsbeschluss geben wir unsere Zustimmung jedoch nicht, da dies gegen grundlegende Prinzipien des Parlamentsbeteiligungsgesetzes verstößt.

Zustimmung zu Atalanta und Althea

Die EU-Missionen vor der somalischen Küste und in Bosnien und Herzegowina finden nach wie vor die Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion.

Die EU-Mission ATALANTA bekämpft auf der Grundlage eines UN-Mandats und eines EU-Beschlusses die zunehmende Piraterie vor der somalischen Küste. Ziel ist es, die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sicherzustellen und den zivilen Schiffsverkehr zu schützen. Die militärische Präsenz der Europäischen Union hat dafür gesorgt, dass bislang alle 86 Schifftransporte des Welternährungsprogramms die somalischen Häfen sicher erreichen konnten. Die Mission hat so dazu beigetragen, dass bereits fast 470.000 Tonnen Nahrungsmittel und Hilfsgüter nach Somalia gebracht werden konnten, um 1,8 Millionen Menschen zu versorgen. Zahlreiche Piratenangriffe konnten im vergangenen Jahr vereitelt werden. Da die somalischen Piraten ihre Überfälle bis weit in den Indischen Ozean ausgedehnt haben, ist das Einsatzgebiet von ATALANTA nun vergrößert worden.

Auch die Beteiligung deutscher Soldaten an der EU-Mission ALTHEA in Bosnien und Herzegowina trifft bei der SPD-Bundestagsfraktion weiterhin auf Unterstützung. Grundlage des Einsatzes der gegenwärtig noch rund 120 Soldatinnen und Soldaten ist ein Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Die Mission soll dazu beitragen, die inzwischen weitgehend stabile Sicherheitslage Bosniens und Herzegowinas aufrecht zu erhalten und den Weg des Landes zu einem friedlichen und demokratischen Rechtsstaat zu unterstützen. Sollte die Sicherheitslage weiter stabil bleiben, soll im Frühjahr 2011 ein Teil der Truppen abgezogen und die Präsenz in der Fläche beendet werden.

Positionspapier zur Lateinamerikapolitik

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrer Fraktionssitzung am 22. November ein Positionspapier zur sozialdemokratischen Lateinamerikapolitik beschlossen. Ziel ist es, die Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika zu stärken und den Dialog der beiden Weltregionen zu intensivieren.

Sozialdemokratische Lateinamerika-Politik hat eine lange Tradition. Sie ist eng mit Willy Brandt verbunden, der ein wichtiger Wegbereiter für den Dialog mit der Linken in Lateinamerika war. „Als deutsche Sozialdemokraten wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern in Lateinamerika und der Karibik tragfähige Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung für Sozialstaat, Wachstum und Beschäftigung finden. Gemeinsam lassen sich Fortschritte auch bei anderen drängenden globalen Herausforderungen finden“, sagt Klaus Barthel, Sprecher des Gesprächskreises Lateinamerika der SPD-Bundestagsfraktion. „Daher muss die bestehende Partnerschaft zwischen den beiden Weltregionen Europa und Lateinamerika zu einer strategischen Partnerschaft ausgebaut werden. Dies braucht den intensiven Dialog, den wir mit diesem Positionspapier voranbringen möchten.“

Das Positionspapier kann unter www.spdfraktion.de runtergeladen werden.

ENQUETE-KOMMISSION

Fortschritt neu denken

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat das Vertrauen der Menschen in das herkömmliche Wachstumsmodell erschüttert. Nur noch ein Drittel der Menschen glaubt daran, dass Wachstum auto-

matisch auch ihre private Lebensqualität steigert. Die SPD-Bundestagsfraktion ist der Überzeugung, dass ein veränderter Begriff von Wachstum und eine neue Qualität von Fortschritt die Grundlage einer neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden müssen, die nicht mehr auf Kosten der Natur und zu Lasten des sozialen Ausgleichs geht. Deshalb haben wir die Initiative für eine Enquête-Kommission ergriffen, die Vorschläge für einen neuen Maßstab von Fortschritt und Wohlstand entwickeln soll. Den Einsetzungsantrag hat die SPD-Fraktion in ihrer Fraktionssitzung beschlossen. In der nächsten Woche wird sie mit einem gemeinsamen Antrag (Drs. 17/3853) mit den Grünen und CDU/CSU eingesetzt.

Wie wollen wir leben?

Immer mehr Menschen sind überzeugt, dass wir mit bisherigen Wachstums- und Wirtschaftsmodellen keinen nachhaltigen Wohlstand erreichen. Nur noch 48 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, dass sich die soziale Marktwirtschaft in Deutschland bewährt habe. Das durch Finanzspekulationen getriebene Wachstum ist wie ein Kartenhaus in sich zusammen gefallen und hat Hunderte von Milliarden an Kosten verursacht. Einseitige Kapitalgewinne gingen zu Lasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Ungleichheit der Einkommensverteilung hat zugenommen. Und es ist breiter Konsens, dass ein seit Jahrzehnten auf verschwenderischen Ressourcenverbrauch basierendes Wachstum die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkel ruiniert.

Die soziale und ökologische Doppelkrise unserer Zeit hat eine grundlegende Diskussion über gesellschaftlichen Wohlstand, individuelles Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung angestoßen. Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Industriestaaten gibt es eine Debatte darüber, ob die Orientierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausreicht, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen abzubilden.

Alternativen zum BIP

Die Lebensqualität der Menschen ist über Jahrzehnte hinweg mit dem ökonomischen Produktionsniveau von Volkswirtschaften gleichgesetzt worden. Lange Zeit galt das BIP, also der Gesamtwert aller innerhalb einer Volkswirtschaft hergestellten Waren und Dienstleistungen, als Gradmesser für das Wohlergehen und damit die Lebenszufriedenheit der Menschen, die in dieser Volkswirtschaft leben.

Robert Kennedy hat es 1968 auf den Punkt gebracht: „Das Bruttoinlandsprodukt misst alles, nur nicht das, was das Leben lebenswert macht.“ Der Zustand der Umwelt, das Niveau von Gesundheit und Bildung, Sicherheit, politischer Teilhabe und Zugang zu Arbeit, aber auch die Verfügbarkeit von freier Zeit – all das erfasst das BIP nicht. Eine Umweltkatastrophe wie die Havarie einer Ölplattform im Golf von Mexiko kann wegen kostspieliger Gegenmaßnahmen absurderweise sogar zu einer Steigerung des BIP führen. Auch über die Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen gibt das BIP keine Auskunft. Wenn wir wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt messen wollen, dann brauchen wir einen neuen Maßstab.

Ein neuer Fortschrittsindikator

Wir müssen die Ziele unseres Wirtschaftens neu definieren. Es gilt, nachhaltige Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt in den Mittelpunkt zu rücken. Eine breite Mehrheit der Menschen sieht die Notwendigkeit einer umfassenderen Definition von Fortschritt. Sie lehnt ökologischen Raubbau ebenso ab wie eine permanente Steigerung des beruflichen Drucks auf Kosten der Gesundheit und der Familie. Freiheit und Selbstbestimmung haben einen hohen Wert. Viele glauben nicht mehr daran, dass die bisherige Form des Wachstums zu mehr Lebensqualität führt.

Deshalb soll ein neuer Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator entwickelt werden, der auch den Aspekten individueller Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit, Umwelt, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe Rechnung trägt. Dieser Aufgabe wird sich die neue Enquête-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages annehmen, die die SPD ge-

meinsam mit Bündnis 90/Die Grünen angestoßen hat und die Anfang Dezember vom Parlament eingerichtet werden soll.

Aufgaben der Enquete-Kommission

Welches Wachstum wollen wir? Was bringt mehr Lebensqualität? Wie organisieren wir breitere Teilhabe am Wohlstand? Wie garantieren wir die globale Tragfähigkeit des Wohlstandsversprechens? Diese Diskussion muss politisch aufgenommen und vorangetrieben werden. Das ist Aufgabe der Enquête-Kommission.

Die Kommission soll aus dem gewonnenen Erkenntnissen noch in dieser Legislaturperiode konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln. Sie soll Wege zu einem tragfähigen Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt weisen und Schritte hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften definieren, das ökonomische, ökologische und soziale Zielvorstellungen in Einklang bringt.

Schwerpunkte, die untersucht werden sollen

1. Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft

Unser Wirtschaftssystem ist auf Wachstum ausgerichtet. Bleibt volkswirtschaftliches Wachstum aus, entsteht schnell eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Diese Wachstumszwänge sind in den Blick zu nehmen. Wie erreichen wir sozialen Fortschritt auch mit niedrigeren Wachstumsraten? Wie müssen wir unser Finanz- und Sozialsystem umbauen? Welche Rolle spielen dabei eine gerechte Einkommensverteilung, öffentliche Daseinsvorsorge und eine nachhaltige Ordnung der Kapitalmärkte? Wie müssen die internationale Arbeitsteilung und die globale Wirtschaft geregelt sein, damit Lebensqualität weltweit steigen kann?

2. Entwicklung eines ganzheitlichen Fortschrittsindikators

Um eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien zu schaffen, wird die Kommission Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt gewichten und zu einem gemeinsamen Indikator zusammenführen. Insbesondere Arbeit, Bildung, Gesundheit und Umwelt sollen dabei größere Bedeutung bekommen.

3. Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung

Die Enquête-Kommission wird untersuchen, ob und wie das Wachstum des BIP vom Wachstum des Verbrauchs an Ressourcen, Umwelt-, Biokapital sowie klimaschädlicher Emissionen dauerhaft entkoppelt werden kann. Außerdem wird sie Zukunftsfelder technischen Fortschritt identifizieren, von denen eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs erwartet werden kann.

4. Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik

Ordnungspolitik macht Ressourcenschonung und nachhaltige Entwicklung im Idealfall zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern. Welche ordnungspolitischen Bedingungen müssen erfüllt sein, damit die Ziele des nachhaltigen Wirtschaftens im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft erreicht werden können?

5. Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile

Den Einfluss von Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstilen auf Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftens zu untersuchen, ist eine weitere Aufgabe. Wir wollen besonders die Arbeit der Zukunft untersuchen: Wie können Arbeitsorganisation, soziale Sicherheit bei höherer Flexibilität und Selbstbestimmung zu mehr Lebensqualität beitragen? Arbeitszeitmodelle, Weiterbildung, Lohnstrukturen und Mitbestimmung gehören dazu. Gute Arbeit und verantwortungsbewusstes Verhalten als Verbraucher müssen Hand in Hand gehen.

VERANSTALTUNG

Was ist deutsch im 21. Jahrhundert?

In einem so vielfältigen Land wie dem unsrigen stellt sich heute die Frage "Was ist deutsch im 21. Jahrhundert"? Darüber haben wir mit prominenten Gästen diskutiert und nachgedacht. Der FAZ-Herausgeber Frank Schirmmayer und die Autorin Hilal Sezgin haben durch Rede und Gegenrede die Grundlage für ein anschließendes Podiumsgespräch geliefert.

Die Frage, was heute deutsch ist, begleitet die SPD-Bundestagsfraktion weit länger, als es der Erfolg aktueller Empörungsliteratur vermuten lassen würde - man denke nur an die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft oder der "Green Card".

Wie sehr sich das Verhältnis zu nationaler Identität gewandelt hat, zeigt ein Satz, der noch vor einem Jahrzehnt wütenden Widerspruch auslöste: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dieser Satz gilt heute als Allgemeinplatz. Doch kann bereits die Antwort auf die Frage formuliert werden, wie sich das Land dadurch verändert hat - und wie es sich verändern soll? Wie bleiben wir offen für Impulse von außen? Was bedeutet und Identität?

Darüber haben Farhad Dilmaghani (DeutschPlus i.G.), Amel Karboul (Managing Partner der Unternehmensberatung Change, Leadership & Partners), Dr. Ehrhart Körting (Senator für Inneres von Berlin) diskutiert. Die Diskussionsrunde moderiert hat die Journalistin Daniela Milutin.

Unterteilung in "Ihr" und "Wir" überwinden

Eines vorweg: Die Frage, was deutsch ist im 21. Jahrhundert konnte natürlich nicht eindeutig beantwortet werden. Denn dafür gibt es wahrscheinlich so viele Antworten wie es Menschen in Deutschland gibt. In der zweistündigen Veranstaltung konnte vieles nur angerissen werden. Doch Frank-Walter Steinmeier kündigte die Veranstaltung als den Beginn einer Reihe von Veranstaltungen, Diskussion an, die Antworten finden sollen, die länger tragen als bis zur nächsten Schlagzeile. Eine der vorrangigsten Aufgaben ist es, endlich die Trennung von „Ihr“ und „Wir“ aufzuheben. Das wurde von allen Teilnehmern betont.

Auch die Tatsache, dass das Thema Zuwanderung noch immer negativ besetzt sei und oftmals nur in Verbindung mit Gefahr gebracht wird, nannte der Fraktionsvorsitzende als Aufgabe, die es zu ändern gelte. Die Wahrnehmung müsse hingehen zu Vielfalt, zu Chancen, zu Offenheit und Modernität. Auch andere Diskutanten forderten, dass es einen Perspektivwechsel von Integration zu Vielfalt geben müsse. Auch und vor allem angesichts der demographischen Entwicklung brauchen wir Zuwanderung in Deutschland. Das müsse deutlicher gemacht werden.

Weitere Anregungen aus der Runde waren die Vereinfachung der Einbürgerung oder ein Wahlrecht für Ausländer, mehr Bemühungen des Staates Migranten sichtbar im öffentlichen Dienst zu integrieren, Schluss machen mit der Ausgrenzung und Diskriminierung, mehr Vorbilder aus Sport, Literatur etc. zeigen. Eine letzte Anregung aus der Runde, passend zur Jahreszeit: einen Moslem zum Weihnachtsfest einladen und so einen kleinen symbolischen Schritt zu mehr Verständigung gehen.